

# Doskozil will Solarenergie verstaatlichen

**Burgenland.** Fotovoltaik-Branche befürchtet Verstaatlichung, Flächen ab 100 Quadratmeter darf nur das Land nutzen



ANDREA HODOSCHEK

## Wirtschaft von innen

„Ich habe noch nie einen Gesetzestext gesehen, wo mit raumordnungsrechtlichen Mitteln versucht wird, derart in Eigentumsrechte einzugreifen. Im sonnigen Burgenland wird es finster“, wettet der Unternehmer und ehemalige steirische ÖVP-Politiker **Herbert Paierl**. „Rückkehr zum Strom-Monopol“, ätzt Paierl, der als Chef des Bundesverbandes Photovoltaic Austria die Solar-Branche vertritt. Es stelle sich die Frage, „ob sich Orban-Legisten in Eisenstadt eingeschlichen haben“.

Auslöser der Empörung in der heimischen Energie-Wirtschaft ist eine Novelle des burgenländischen Raumplanungsgesetzes. Zum Thema Fotovoltaik findet sich im Begutachtungsentwurf, der dem KURIER vorliegt, tatsächlich ziemlich ungewöhnliches.

Flächen ab 100 Quadratmetern sollen künftig nur vom Land Burgenland bzw. hundertprozentigen Tochtergesellschaften für die Produktion von Sonnenstrom genutzt werden. Das bedeutet, dass private Investoren ausgeschlossen werden. Nicht einmal der Landesversorger Energie Burgenland könnte in die Solar-Produktion einsteigen, da dort auch EVN, Wien Energie und Verbund beteiligt sind.

Zusätzlich ist im Entwurf eine jährliche Fotovoltaik-Abgabe vorgesehen, deren Höhe die Landesregierung per Verordnung bestimmt und die zwischen Gemeinden und Land geteilt wird. Steuerpflichtig wären die Betreiber der Anlagen. Man darf getrost davon ausgehen, dass letztlich die Endkunden dafür zur Kasse gebeten werden.

Die Vermutung, dass der unumschränkt regierende SPÖ-Landeshauptmann **Hans Peter Doskozil**

hier eine Verstaatlichung durchziehen will, ist also nicht unbegründet. Außerdem wäre das Land der große Nutznießer der Förderungen des Bundes für Fotovoltaik.

### Schlechte Erfahrungen

Aus dem Büro von SPÖ-Infrastruktur-Landesrat **Heinrich Dorner** heißt es dazu, man habe aus der Entwicklung der Windparks entsprechende Erfahrungen, welcher Druck auf Grundstückseigentümer und Gemeinden bei der Sicherung der Flächen aufgebaut werde. Der

sparsamste und effizienteste Weg zur Erreichung der Klimaziele sei daher, die Umsetzung der Freiflächenanlagen einem Unternehmen vorzubehalten, das 100-prozentig vom Land beherrscht werde. So werde sichergestellt, dass wertvolle Flächen nicht aus wirtschaftlichen Überlegungen von Privatunternehmen verloren gingen. Bei der grünen Klimaschutzministerin **Leonore Gewessler** erklärt man, die Details lägen erst seit Kurzem vor und würden aktuell rechtlich geprüft.

andrea.hodoschek@kurier.at



SPÖ-Landeschef **Hans Peter Doskozil** will private Investoren ausschließen



**Herbert Paierl**, ÖVP: „Orban-Legisten in Eisenstadt eingeschlichen?“

## Gutachten: Gesetz verstößt gegen die Verfassung

**Gleichheitsgrundsatz.** In einem von der Solar-Branche beauftragten Rechtsgutachten über den Gesetzesentwurf konstatiert die Anwaltskanzlei **Schönherr** „schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken“. Die Regelung verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz und wäre außerdem „ganz klar unsachlich“. Es gebe keinen sachlichen Grund, warum den Zielen der Raumplanung besser gedient wäre, wenn die Solarflächen in der Verfügungsgewalt des Landes stehen.

Für einige Aufregung im Burgenland dürften außerdem noch die ebenfalls mit der Raumordnungs-novelle geplanten Bauland-Maßnahmen sorgen. Doskozil will die Preisregulierung von Bauflächen und eine „Mobilisierungsabgabe“ für nicht genutztes Bauland durchsetzen, der KURIER berichtete.

bmf.gv.at/corona

## Coronabonus kommt!

Gerade jetzt mehr Entlastung für Familien, Arbeitnehmer und Arbeitslose

Bundesministerium Finanzen



### Steuersenkung bringt bis zu 350 Euro jährlich

Die erste Stufe der Lohn- und Einkommensteuer wird wesentlich rascher als geplant – nämlich rückwirkend ab 1. Jänner 2020 – von 25 % auf 20 % gesenkt. Für Sie bedeutet das spätestens im September automatisch mehr Geld auf Ihrem Konto.

### Kinderbonus bringt jetzt 360 Euro pro Kind

Im September bekommen Sie für jedes Kind, für das Sie Familienbeihilfe beziehen, einmalig 360 Euro mehr überwiesen, ohne etwas dafür tun zu müssen.

Alle Informationen auf [bmf.gv.at/corona](https://bmf.gv.at/corona) oder unter **050 233 770**

Berechnen Sie Ihren persönlichen Vorteil auf [bmf.gv.at/rechner](https://bmf.gv.at/rechner)

Entgeltliche Einschaltung  
 Foto: BMF/Adobe Stock